

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 49.

Berlin, den 6. Dezember 1908.

9. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Gewerkschaften und Genossenschaften. — Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte. — Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Steinarbeiter. — Rundschau: Sehr neidisch Der Guttenbergbund tarifstreu erklärt. „Freie“ Zimmerer als Steuerempfindlicher. Wohnungsnot in München. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Wierßen. Wilhelmshaven. Elberfeld. Zoppot. — Soziale Wahlen. — Bekanntmachung des Zentralverbandes. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Wer kennt nicht den Einwurf der gewerkschaftlichen Gegner und Arbeiterfeinde, daß alle gewerkschaftlichen Erfolge nur Scheinerfolge seien; denn eine Verbesserung der Lebenshaltung würde keineswegs dadurch erzielt. In gleicher Weise wie die Löhne stiegen, stiege auch der Preis der Verbrauchsmittel und fände so nur ein Ausgleich statt. Die Arbeiter, die gewerkschaftlichen Bestrebungen huldigten, gleichen dem Eichhörnchen in der Hölle, das sich auch stets vorbewege, jedoch trotz der größten Mühe auf derselben Stelle bleibe. An derartigen Einwänden läßt es die indifferente Arbeiterchaft gewiß nicht fehlen und sind es besonders die „ganz Schläuen“, die damit die Zwecklosigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit begründen wollen. Wie sehr sie auf dem Holzwege mit ihren Behauptungen sind, das dürfte eine Geschichte der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter in den letzten 30 Jahren unzweifelhaft ergeben. Kein Mensch, dessen Meinung nicht durch Vorurteile getrübt ist, wird behaupten wollen, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter in den letzten Jahrzehnten trotz der gewerkschaftlichen Tätigkeit die gleiche geblieben ist, oder sich sogar verschlechtert hat. — Über selbst in dem Falle, daß die Lebenshaltung sich nicht gehoben, könnte man der Gewerkschaftsbewegung keinen Vorwurf machen, weil ohne sie ganz bestimmt eine Verschlechterung der Lebenshaltung eingetreten wäre.

Leider wird viel zu wenig berücksichtigt, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht das Allheilmittel gegen alle Übel des Arbeiterstandes ist und auch nicht sein will. Eine derartige Annahme kann nur auf einer völligen Verkennung der Tatsachen beruhen. Der Gewerkschaft fällt nur die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu. Keineswegs aber kann sie sich in direkter Weise mit der Regelung der Produktion, der Preisfestsetzung der Produkte, den Einkauf von Lebensmitteln usw. befassen. Das ist die Aufgabe anderer Faktoren. Und kein einsichtiger Gewerkschaftler wird diese Faktoren unberücksichtigt lassen, weil er weiß, daß die Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflichten allein nicht genügt, um dem Arbeiter zu besseren Daseinsbedingungen zu verhelfen. Der einsichtige Arbeiter sagt sich, daß die Hebung seines Standes nur möglich ist durch die Selbsthilfe auf den verschiedensten Gebieten, von denen freilich die gewerkschaftliche die wichtigste ist. Ohne die günstige Gestaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses kann eben nicht von der Hebung des Standes geredet werden. Neben der Tätigkeit zur Verfolgung jener Ziele sehen wir deshalb den überzeugten Gewerkschaftler auch als Arbeitervereiner, Politiker und Genossenschaftler.

Es kann jedoch schon heute keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Genossenschaftsbewegung in ihrer Bedeutung von den christlichen Arbeitern begriffen worden ist, und eine Zukunft hat. Namentlich deuten im Westen Deutschlands günstige Momente darauf hin. Ist man sich doch heute wenigstens darüber einig, daß die Zerspaltung der Genossenschaften ein Uebel ist. Man hat aus den Vorgängen im niederrheinischen Textil-Industriegebiet gelernt und das Genossenschaftswesen der christlichen Arbeiter in großzügigere Bahnen gelenkt.

So zeigt der Geschäftsbericht der Kölner Konsumgenossenschaft der christlichen Arbeiter, daß der Genossenschaftsgebäude in der breiten Masse immer mehr erfährt und in die Praxis umgesetzt wird. Bedeutet doch die sechsjährige Tätigkeit dieser Genossenschaft für die angeschlossenen Mitglieder ein Gewinn von über 1/2 Million M. Diese wurden gewonnen allein dadurch, daß sich die Konsumgenossenschaft zusammen geschlossen und den verteuerten Zwischenhandel ausschalteten. Wenn dann die Arbeiterfrauen ihr jährliches Sparguthaben in Empfang nehmen, dann sollten sie sich erinnern, daß dieses nur möglich ist, durch die Eingliederung der Arbeiterchaft. Gleichzeitig aber sollten auch die Männer die Frauen darauf hinweisen, wie notwendig ebenfalls die Einigkeit und Opferwilligkeit in der Gewerkschaft ist zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bei der Genossenschaft sehen die Frauen den Erfolg ihrer kleinen Mühe auf einmal, was in bezug auf die Mühen des Mannes in der Gewerkschaft nicht gesagt werden kann. Hier muß in harter ausdauernder Arbeit mächtigeren Gegnern jeder Fußtritt Boden abgerungen werden. Und wie manche Frau macht da nicht Schwierig-

keiten, da sie doch die Not des Mannes im Arbeitsverhältnis nicht so am eigenen Leibe verspürt wie er. Anstatt den Mann zu steter Gewerkschaftsarbeit anzuspornen, bereitet sie ihm Hindernisse. Da sollten die Männer gerade in der Zeit der „Genossenschaftsernte“ ihre Frauen aufmerksam machen, wie notwendig beide Faktoren sind, wie sie sich gegenseitig ergänzen und wie kurzichtig es gehandelt ist, wenn der Arbeiter nicht in Gewerkschaft und Genossenschaft zugleich wirkt.

Die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaftler in den letzten Jahren der Gewerkschaftsbewegung ein größeres Augenmerk zugewandt haben, ist besonders erfreulich. Es ist dieses zu begrüßen, und zwar nicht nur deshalb, wie manche weniger weitschauenden Kreise glauben, um den sozialdemokratischen Bestrebungen, die durch die sozialdemokratischen Konsumvereine eine wertvolle Förderung erfahren, einzudämmen, sondern weil die Genossenschaften für den Arbeiterstand eine nicht zu unterschätzende ökonomische Besserstellung bedeuten. Je mehr letzteres eingesehen wird, um so besser wird sich die materielle Lage des Arbeiters standes gestalten.

Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

Die Präsidentenwahl in Amerika. — Kapitalanlagen. — Späte Einsicht. — Steuerfragen.

Der Anstoß zu der diesmaligen Wirtschaftskrise ist bekanntlich von Amerika ausgegangen. Ob man von dort her nun auch den Anstoß zu der Wiederbelebung erwarten darf? Eine Menge von Hoffnungen ist auf die neueste Präsidentenwahl gesetzt worden. Das ist erklärlich. Denn einmal ist der Sieg, den der betr. Kandidat erringt, in gewissem Sinne immer ein Sieg des Systems, das er vertritt, so daß sich mit mehr oder minder großer Sicherheit aus dem Ausfall der Wahl eine Grundlage für die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftswesen regeln lassen entnehmen läßt — und dann hängt die wirtschaftliche Entwicklung Europas und ganz besonders auch Deutschlands in hohem Maße von derjenigen Amerikas ab. Für Deutschland erhellt dies sofort, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1907 die deutsche Gesamtausfuhr nach den Vereinigten Staaten 159 459 000 Dollar oder fast 670 Mill. Mk. betrug, während wir selbst von dort her noch für etwa 100 000 000 M. mehr bezogen. Ob nun der Verkehr mit jenem so fossalen Konumenten erwünscht oder erleichtert wird, oder auch auf der seitherigen Grundlage verharret, kann selbstverständlich nicht gleichgültig sein. Von dem neuen Präsidenten glaubt man im allgemeinen das Beste erwarten zu können, so daß man sich entsprechend einrichten kann. — Nun müßte es keine Börse geben, wenn das Ergebnis der Wahl von den Spekulanten nicht in der übertriebenen Weise ausgenutzt werden sollte. Besonders in Amerika. Die tollsten Gerüchte wurden alsbald in die Welt gesetzt. Die ganze Presse gebärdet sich, als ob mit einem Male das ganze Elend verschwunden und die „Rückkehr der Prosperität“ im Augenblick zu erwarten sein würde. Zur Beleuchtung der Machenschaften ein Beispiel nach der „Frankf. Ztg.“: Eine der imponierendsten Meldungen an der New Yorker Börse war, daß Vizepräsident Brown von der N.-Y.-Central in Omaha gesagt habe, die amerikanischen Bahnen hätten seit dem Wahltag für 240 Millionen Dollar (1020 Millionen Mark) Material bestellt. Demgegenüber stellte Herr Brown fest, nicht nur sei die ganze Meldung erfunden, er sei auch gar nicht in Omaha gewesen. Bei solch phantastischem Getriebe hält es natürlich schwer, zu einer solchen Abschätzung zu kommen. Tatsächlich ist aber im Anschluß an den republikanischen Wahlsieg in Amerika eine merkliche wirtschaftliche Besserung eingetreten. Die Wahl Brhans, des demokratischen Kandidaten, würde manche Beorgnis erregt und manche Unternehmungslust zurückgehalten haben. Und Deutschland? Die auch nach Abzug jeder Uebertreibung doch noch zureichlicher gestimmten amerikanischen Berichte haben hier auch anregend gewirkt. So man ließ sich sogar, angeleitet durch das amerikanische Beispiel, auch an unseren Börsen zu übertriebenen Preistreibern verleiten. Ein Rückschlag konnte da unmöglich ausbleiben. Wir haben stets darauf hingewiesen, daß uns vor allem gelassene Ruhe not tut. Und als die amerikanischen Machenschaften ruckbar wurden, setze alsbald eine fürchterliche Ernüchterung ein, die jetzt wieder mühsam nach normaler „Temperatur“ streift. Offen wir, daß die Ruhe in der Beurteilung der Lage nunmehr dauernd die Oberhand behält. Wir sind in letzter Zeit gerade mehr als genug von der einen Aufregung in die andere gekehrt worden! Nur bei äußerster Seelenruhe wird sich das kümmerlich genug aufkeimende Pfänzchen der Besserung zu gesundem Leben durchdringen können.

Daß eine solche Besserung zu erwarten — angefaßt der so vielfach erlebten Enttäuschungen, gefehlt man sich selbst nur noch mit einer Masse von Vorbehalten, daß man noch Hoffnung auf Besserung hat! — Daß aber eine solche Besserung wirklich zu erwarten, könnte man aus den im Oktober erfolgten Neugründungen und Kapitalerhöhungen mit einiger Gewißheit schließen. Denn den Zahlen glaubt man doch immer am ersten! In unserem vorigen Bericht wiesen wir an der Hand der Berichte über die Neugründungen und Kapitalerhöhungen im September darauf hin, daß sich nach diesen Ergebnissen zu rechnen, im September zum ersten Mal nach Eintritt des wirtschaftlichen Niedergangs eine Belebung der gewerblichen Unternehmungslust gezeigt habe. Diese Belebung der Unternehmungslust hat nun im Oktober weiter angehalten. Gegenüber dem Vorjahre gerechnet, kam man wieder ein Wachsen der Ansprüche von Handel und Gewerbe feststellen. Allerdings ist die Summe vom Oktober 1906 noch

nicht erreicht. Man möge aber im Auge behalten, daß damals die Kapitalansprüche ganz außerordentlich hohe waren. Einige Zahlen nach den Aufstellungen der auf diesem Gebiete maßgebenden „Frankfurter Zeitung“: Die Steigerung der Kapitalansprüche gegenüber dem Vorjahre ist durch den Ausdehnungsdrang schon bestehender Gesellschaften veranlaßt, und zwar sind es ausschließlich Aktiengesellschaften, die mit großen Anforderungen an den Geldmarkt herantreten sind. Am stärksten war der Kapitalbedarf in der Montanindustrie. Es wurden nämlich für Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften in der Gruppe Bergbau, Hütten und Salinen 18,6 Millionen Mark beansprucht gegen nur 3 Millionen Mark im Oktober 1907. Ferner sind Elektrizitätsgesellschaften zu nennen, deren Kapitalerhöhungen sich zusammen auf 10 Millionen Mark belaufen, während im Vorjahre gar keine Kapitalerhöhungen vorgenommen wurden. Im Bauwesen war die Entwicklung ähnlich: im Berichtsmontat wurden 10 1/2 Millionen, im Vorjahre nichts zu Kapitalerhöhungen angefordert. Auch die Banken äußerten regen Kapitalbedarf, doch war er nicht so lebhaft, wie um die gleiche Vorjahrszeit. Die an und für sich weniger bedeutenden Kapitalerhöhungen der Gesellschaften m. b. H. waren niedriger als im Vorjahre. Bemerkenswert aber ist, daß auch die Neugründungen von Gesellschaften m. b. H., die im laufenden Jahre bisher immer zahlreicher gewesen waren als 1907, im Oktober wieder nachgelassen haben; es wurden für neue G. m. b. H. nur 28,74 Millionen Mark angefordert gegen 34,47 Millionen Mark im vorigen Jahr. Abgenommen hat vor allem die Gründung neuer G. m. b. H. in der elektrotechnischen Industrie und ganz besonders im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Stärker als im Vorjahre waren die Neugründungen von G. m. b. H. im Handelsgewerbe, außer Banken. Es wurden hier 5,12 Millionen Mark beansprucht gegen 2,96 Millionen Mark im Vorjahre. Auch zu Neugründungen von Aktiengesellschaften wurde noch erheblich weniger angefordert als im Vorjahre.

Es wäre uns lieb gewesen, wenn wir auch von erhöhten Ansprüchen an ein anderes Kapital hätten berichten können, nämlich an das der „schwarzen Diamanten“. Auf dem Kohlenmarkt aber dauert die Zurückhaltung der großen Verbraucher noch immer an, und solange das der Fall ist, kann von einer ernstlichen Belebung des Wirtschaftsmarktes noch nicht die Rede sein. Die Lage wird insoweit für das Kohlenprodukt immer mißlicher, zumal auch durch das Auslandsgeschäft keine großen Vorbeeren zu holen sind, da Belgien und England, die sich sonst gemeist durch die Verschleuerungen des Kohlenpreises auf dem Weltmarkt verdrängen ließen, diesmal den Kampf bis zum äußersten aufgenommen haben und durchzuführen. Der November brachte daher erneute Einschränkung der Kohlenförderung, aber auch sie genügt nicht, um die Förderung vollständig ablesen zu können. Die Läger wachsen unheimlich an. Und doch ging man immer noch an dem einen Ausweg vorbei, den man längst hätte gehen sollen: an der Preisermäßigung. Unerbittlich blieb das Kohlenprodukt. Trotzdem der heimische Industriemarkt ganz besonders nach Preisermäßigung der Kohlen schrie, um wenigstens von dieser Seite wieder Aussicht zu haben, sich aufzuheben zu können. Das Kohlenprodukt lehnte alle Vorstellungen ab, stellte sich gleichsam außerhalb des Wirtschaftslebens. Indessen hat die Zeit gelehrt, daß das auch dieser mächtige der industriellen Organisationen nicht ungestraft tun darf. Durch sein Verhalten hatte das Kohlenprodukt sich selbst in eine keineswegs glänzende Position verkehrt. Und jetzt endlich — ob es nicht schon zu spät ist? — hört man von einer Belebung. Nachdem die königliche Bergwerksdirektion Saarbrücken eine Ermäßigung der Saarkohlenpreise angeordnet, will nun auch das Kohlenprodukt folgen. Aber wie? Natürlich ganz in seiner Art: In der am 23. November abgehaltenen Sitzung des Rates des Kohlenprodukt wurde beschlossen, die Richtpreise für Hochofenschlacke (für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1909) um 2 Mark die Tonne, für Kokslohlen aber um 1,25 Mark die Tonne zu ermäßigen und diese Ermäßigung in Anbetracht der heutigen ungünstigen Lage des Hochofengewerbes bereits (?) am 1. April 1909 in Kraft treten zu lassen. Die Preise für die übrigen Koksarten, für Brilleits und Gewerbeschlacke wurden (ab 1. April 1909 bis 31. März 1910) um 0,25—1,00 Mark die Tonne ermäßigt, während diejenigen für die größeren Koksarten unverändert bleiben. — Ob die Einsicht nicht zu spät gekommen ist?

Inzwischen, während wir dies schreiben, fallen auch für andere Industriezweige innerhalb der getragenen Körperchaften wichtige Entscheidungen, und besonders für die Tabakindustrie. Es ist heute durch die sehr berechtigte Agitation der Interessenten in immer weitere Kreise die Erkenntnis gedrungen, daß die Einführung der Tabak-Vanderrolensteuer von den unheilvollsten Folgen für das ganze Gewerbe sein müßte. Man braucht durchaus nicht in den Fesseln sozialistischer Uebertreibung zu verfallen, um dennoch zuzugeben, daß hier die Erfindung bzw. die Arbeitslosigkeit von Jehntausenden von Arbeitern auf dem Spiele steht. Man befürchtet von der Steuer vornehmlich auch, daß sie die gute Ware zugunsten des Massenfabrikats verdrängen wird. Die Steuer ist hinfenweise vorgesehen von 4 Mark bis 96 Mark für 1000 Stück. Der Fabrikant wird also sehen, sein Fabrikat so billig verkaufen zu können, daß es jeweils in die niedrigste mögliche Stufe fällt. Auf die hohe Ware, deren Preis vom Weltmarkt abhängig ist, kann er keinen Druck ausüben: „Reifen kann er nur am Arbeitslohn“. Da wird er eben sehen, welche Arbeiter er als „überflüssig“ entlassen kann. Und dann bedeutet die Steuer ja die allmächtige Vernichtung der Kleinbetriebe! Die Kontrolle und Beaufsichtigung, an deren strenger Durchführung nicht zu zweifeln ist, muß sich über eine Anzahl von Betrieben erstrecken. Die Beaufsichtigungskosten wachsen damit ins Ungemessene. Je größer sie aber sind, um so geringer ist natürlich der Reinertrag der Steuer. Da bliebe denn der Ausweg, die Kleinbetriebe möglichst unarmherzig — wer denkt bei der Steuererhebung an Familienangehörige! — zu behandeln. Die Regierung möge vom steuerlichen, herzlosen Standpunkte aus tatigst froh sein, noch und noch immer mehr Kleinbetriebe

zum Eingehen zu zwingen, um so die Kosten zu vermindern und den Ertrag zu erhöhen. Man braucht dabei gar nicht einmal an die nach der Zählung von 1895 bestehenden 10 988 Kleinbetriebe zu denken. Auch die 4835 Kleinbetriebe mit je fünf Arbeitern oder weniger sind für den Staat eine Last. Es wird also alles dahin drängen, die Kleinindustrie zugunsten der Großindustrie zu schädigen. Sagt man doch, daß dieser oder jener Großfabrikant ganz einverstanden mit der Wandaufschlagsteuer sei, da sie zahlreiche Konkurrenten einfach vernichtet. Unsere Tabakarbeiter-Organisation kämpft daher einen gerechten Kampf. Möge sie überall tatkräftige Unterstützung finden!

Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter,

Dieses ist der Titel des Verbandes, dem sich alle christlich organisierten Steinarbeiter anschließen sollen, dem auch alle christlich gesinnten Kollegen der Keramik- und Steinindustrie, soweit sie noch abseits der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen, zugeführt werden sollen. Bereits in der letzten Nummer brachten wir einen längeren Artikel über die Organisationsfrage der Steinarbeiter. Wir nehmen an, daß alle Steinarbeiter, gleichviel, welchen Verbanne sie angehören, mit den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz vom 15. November einverstanden sind. Wir halten es jedoch für zweckmäßig, die Gründe, die für jene Beschlüsse maßgebend waren, einer kurzen Besprechung zu unterziehen.

Dadurch, daß sich im Laufe dieses Jahres die Mayener Steinarbeiter-Vereinigung dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat, und die Steinarbeiter-Konferenz vom Jahre 1906 nicht den erhofften Erfolg hatte, mußte zur Organisationsfrage der Steinarbeiter nochmals Stellung genommen werden. Die 5-6000 christlich-organisierten Steinarbeiter verteilten sich auf folgende Verbände: Bauarbeiterverband 12-1400, Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Lehr-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands 1700 bis 1900, Mayener Steinarbeitervereinigung 12-1400, der Keramarbeiter-Verband mit etwa 2000 Kunststeinarbeitern. Von dem Kollegen Brandel, der das Referat zu der Konferenz übernommen hatte, wurde die Frage aufgeworfen, sollen wir einen neuen Steinarbeiterverband gründen oder sollen die Steinarbeiter einem anderen Verbanne angeschlossen werden. Seine Ausführungen hierzu waren kurz folgende: Ich kann eine Neugründung nicht empfehlen und zwar aus folgenden Gründen: Innerhalb der Natursteinindustrie vollzieht sich gegenwärtig eine Umwälzung durch die immer mehr um sich greifende maschinelle Einrichtung der Betriebe. Der Naturstein ist in neuester Zeit zum Rohmaterial geworden. Dadurch entstehen in dieser Industrie große Verschiebungen und Schwankungen, die eine große Fluktuation der Arbeiterkraft nach sich ziehen. Die Kunstzeugnisse bilden heute gegenüber dem Naturstein keine zu unterschätzende Konkurrenz. Unter Berücksichtigung all dieser Momente halte ich die Natursteinindustrie nicht für geeignet, auf ihr allein einen Verband aufzubauen zu können. Sollte ein neuer Verband gegründet werden, dann müßte ihm die Stein- und Kunststeinindustrie als Agitations- und Ausbreitungsgebiet zugeteilt werden. Aber auch dann stehen einer Neugründung noch schwere Bedenken gegenüber. Dadurch, daß wir die Steinarbeiter zu einer Neugründung aus den einzelnen Verbänden herausziehen, werden zwei Verbände ganz bedeutend geschwächt und ein neuer, aber ebenfalls schwacher Verband ohne Mittel errichtet. Unser Bestreben muß aber darauf gerichtet sein, möglichst aktionsfähige Verbände zu schaffen. Des weiteren ist zu beachten, daß auch das industrielle Großkapital seinen Eingang in die Steinindustrie gehalten hat. Am Schlusse des Jahres 1906 waren in den Aktien- und Stammkapital vereinigt. Kollege Brandel vertat dann den Standpunkt, daß eine Verschmelzung zweckmäßiger sei als eine Neugründung. Die Agitationsgebiete in der Keramik- und Steinindustrie seien beiderseits ähnlich, würden sich sogar vielfach auf ein und dieselben Landesteile erstrecken. Natur- und Kunststein-Industrie gehören zusammen zu einem Verband. Da aber eine Grenze zwischen Keramik- und Kunststein-Industrie schwer zu ziehen ist, und aus den anderen bereits angeführten Gründen könnte die Frage durch die Verschmelzung am praktischsten gelöst werden.

In der Diskussion traten einige Kollegen vom Staats-, Gemeinde- usw. Verband für Anschluß an ihren Verband ein. Sie selbst aber waren der Meinung, daß der Anschluß kein dauernder sein könnte.

Da aber die große Mehrzahl der Delegierten diese Frage für dauernd gelöst wissen wollte, entschied man sich zum Schluß für die Verschmelzung des Kollegen Brandel. Auch wurde im Laufe der Diskussion der Anschluß aller Steinarbeiter an den Bauarbeiter-Verband erörtert. Nachdem festgestellt wurde, daß man in der Vergangenheit nach dieser Richtung hin nicht die besten Erfahrungen gemacht habe, schied diese Frage aus der Diskussion aus. Zur Aufklärung hierüber möge folgendes dienen. Die Agitationsgebiete im Baugewerbe und in der Steinindustrie sind grundverschieden. Die Bauarbeiter sind meistens in den Städten beschäftigt, wohingegen die Steinarbeiter zum größten Teil in ländlichen Bezirken wohnen und arbeiten. Daß unter solchen Umständen, wo noch Landwege von Bauarbeitern in den Städten schwer und langsam, schließlich auch mit weniger Kosten zu gewinnen sind, die Delegierten weniger Freude an der ländlichen Agitation haben, ist zu verstehen. Auch die Tarifentwicklung im Baugewerbe mit ihren langwährenden Verhandlungen entgegen die Bauern zum großen Teil der agitatorischen Tätigkeit. Dazu kommt noch, daß die Steinarbeiter, wenn sie dem Bauarbeiter-Verband oder einem anderen größeren Verband angeschlossen würden, immer eine kleine Minderheit sind und sich also nicht wohl fühlen. Auch ihre staatsbezugsinteressen in der Zeitung kann unter solchen Umständen keine solche sein, wie sie es sein sollte. Dieses alles scheidet bei einer Verschmelzung mit dem Keramarbeiterverband aus, da hier von einer kleinen Minderheit nicht die Rede sein kann. Die Kollegen können hierzu ersehen, daß all das für und wider befragt wurde. Wenn alle Kollegen die in Frankfurt erlassenen Beschlüsse reiflich überlegen und für deren Durchsetzung Sorge

tragen. Auf die Einrichtungen des Keramarbeiter-Verbandes kommen wir später zu sprechen, das eine können wir jetzt schon sagen, daß den Kollegen von ihren erworbenen Rechten keine verloren gehen.

Rundschau.

Sehr neidisch scheint der rote „Bauhilfsarbeiter“ auf uns zu sein. Unser Agitationsflugblatt ärgert ihn sehr, und widmet er ihm gleich fünf Viertel Spalten; nicht aber, um daran etwas zu herichtigten, sondern um es nur herabzusetzen. Er nennt uns dabei einen billigen Jakob, übersteht aber ganz dabei, daß er damit in die Rolle eines Clown, und eines gar sehr gespaßigen gerät. Dieser Schächer von „Bauhilfsarbeiter“! Wer kümmert sich in den „freien“ Gewerkschaften um die religiöse Ueberzeugung der Mitglieder? Niemand. Sind die „freien“ Gewerkschaften sozialdemokratisch? Forcht, daß „steht“ ja gar nicht im Statut, ihre Führer haben ja auch keine Zeit um „peinlich“ darüber zu wachen, daß sie sozialdemokratisch geleitet würden. Wenn auch in Versammlungen die sozialdemokratische Partei empfohlen wird, deshalb ist der Bauhilfsarbeiterverband doch nicht sozialdemokratisch. Wenn die meisten Mitglieder Sozialdemokraten sind, „so ist das eine Sache für sich“ (Bravo) — (schrumm!). Lohnkämpfe und Tarifverträge sind nichts spezifisch Sozialdemokratisches, was täten sonst — die Christlichen! Sondern diese Meinung eines Interpreten der Lehre vom Klassenkampf. Wir waren seither immer der Meinung, auf den Geist komme es an, der eine Sache beherrscht und ob ein Mittel als Selbstzweck oder als Mittel zum Zweck dienen soll. Nemer „Bauhilfsarbeiter“, merkt du, wo du hingeraten bist? Du sitzt in den Sägespänen des Birkus, aber wirklich fest. Um bei seinen Radikalismus nicht anzuklopfen meint er, allerdings in sehr dümmen Weise, dadurch, daß die meisten Mitglieder eines Verbandes meistens Sozialdemokraten seien, würde derselbe doch „nicht gelte“ sozialdemokratisch, auch die Unterhaltungs-einrichtungen sächten nicht „so leicht“ ab. Als Beweis dafür führt er an, das hätte man sonst bei dem diesjährigen Tarifabschluß, der ein gemeinschaftlicher war, bemerken müssen. Wie tiefinnig! Wirklich! Andere denken, ich möchte wohl, aber ich mag nicht — die Trauben hängen zu hoch. Selbstverständlich muß er dann auch zum Beweise seiner „Neutralität“ und die will er doch beweisen, anführen, daß die Sozialdemokratie die einzige „ehrliche“ Freundin der Arbeiter ist, und nicht die „sogenannten Arbeiterfreunde im langen Rock“. Denn letztere schlugen sich immer, wenn dem Arbeiter geholfen werden sollte, auf die Seite der Ausbeuter. Das ist ja nun keine Entbedung des „Bauhilfsarbeiter“, sondern stammt aus dem bekannten roten Arsenal. „Deshalb nehmen wir das auch nicht tragisch, zumal es uns nicht wehe tut. Ach, und dann haben wir schon so manchen „Unentwegten“ in Zeiten der Sorge, mitunter selbstverschuldet, den Weg zum „Freund im langen Rock“ gehen sehen. Sei's drum, auch das schadet nichts, es fließt nur manchen Sägen. Die christlichen Arbeiter wissen, was sie an den „roten Arbeiterfreunden“ haben, sie haben sich ja so oft von ihnen brotlos machen lassen müssen — wegen ihrer Ueberzeugung. Sie wissen auch, was sie an den „Freunden im langen Rock“ haben, diese haben bei ihnen den Vorzug — mag sich der „Bauhilfsarbeiter“ darob nicht grämen. Wir verstehen seinen Schmerz, auf dessen Ursache wir hier nicht eingehen wollen. Aber man soll den Schmerz doch auch mit Würde tragen, und sich nicht in die Rolle eines Clowns begeben. Wer auf diesen Sermon des „Bauhilfsarbeiter“ hereinfällt, ja, „der ist wert, daß er mit beiden Ohren an das nächste Scheunentor genagelt wird“.

So schrieb nämlich kürzlich ein Agitationsflugblatt des Bauhilfsarbeiterverbandes. Uns scheint, er sucht noch mehr Langohren.

Der Untenbergebund tariflos erklärt. Auf Betreiben des roten Buchdruckerverbandes, durch seine maßlose Hege und Verunglimpfung wurde der Gutenbergebund im Jahre 1902 für tariflos erklärt. Damit sollte dem Bund das schmerzliche Halsband umgelegt werden. Es ist anders gekommen. Der Bund ist nicht nur nicht verschwunden, sondern ist äußerlich und innerlich erstarkt. Nunmehr hat sich das Tarifamt veranlaßt gesehen, seinen Besch. von 1902 rückgängig zu machen. Auf einen entsprechenden Antrag des Bundes erhielt er folgende Antwort:

„Auf Ihren Antrag, die Tarifuntreu-Erklärung vom Jahre 1902 aufzuheben, teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß der Tarifauschuss in seiner Sitzung vom 19. cr. den folgenden Beschluß gefaßt hat:

Der Tarifauschuss stellt fest: Die Erklärung des Tarifamtes vom 23. August 1902, betr. Tarifuntreue des Gutenberghergbundes, ist nach § 82 des Tarifs gegenstandslos geworden.“

Wir beglückwünschen die christliche Buchdruckerorganisation zu diesem Erfolg. Es wird nun nicht mehr lange dauern, und der Bund wird als vollberechtigter Kontrahent auch formell am Tarif beteiligt sein.

„Freie“ Zimmerer als Steuerbeiträger. Daß die Brüderlichkeit der „Genossen“ nicht weit her ist, das konnten wir schon des öfteren belauschen. Was sich nunmehr in Ludwigshafen ereignet hat, kann daher nicht überraschen, nur die „Eigennützigkeit“ verdient hervorgehoben zu werden. Wir entnehmen nämlich der „Neuen Badischen Zeitung“:

„Sonderbare Dinge spielen sich zwischen den organisierten Zimmerleuten von Mannheim und Ludwigshafen ab. Es wurden nämlich drei verheiratete Zimmergesellen aus Mannheim, die bei einem Staatsbau in Ludwigshafen beschäftigt waren, entlassen, da sie in Mannheim und nicht in Ludwigshafen ihre Steuern bezahlten. Dies geschah sonderbare Weise auf Betreiben des Zentralverbandes der Zimmerleute, obwohl die Entlassenen selbst Anhänger dieser Organisation sind. Durch ein Schreiben der Ludwigshafener Zimmergesellen wurde die Staats- bzw. Flussbaubehörde in Speyer darauf aufmerksam gemacht, daß an dem Bau einer Kammer in Ludwigshafen Zimmerleute beschäftigt seien, die keine Steuern in Bayern bezahlten. Die Unternehmerfirma wurde daraufhin von Speyer aus zur Entlassung der betreffenden Arbeiter angefordert. Ist dies etwa gleiches Recht für alle? Keineswegs! In erster Linie muß darauf hingewiesen werden, daß in Mannheim auch Zimmergesellen beschäftigt sind, die in Ludwigshafen wohnen und dort ihre Steuern und Abgaben bezahlen. Bei uns in Mannheim ist es doch noch niemandem eingefallen, diese Leute deshalb brotlos zu machen. In zweiter Linie ist es zur Kenntnis bekannt, daß Landesherr anderer Arbeiter aus der

Pfalz in Baden, speziell in Mannheim, beschäftigt sind, hier Steuern entrichten zu müssen. Man sollte es doch nicht für möglich halten, daß der bayerische Staat, in dem gerade die Flussbaubehörde in Speyer, die Hand reichen würde, damit auf kleinstes Betreiben einer Interessengruppe, die, wie man hört, nur aus purer Neugier gegen ihre Mannheimer Kollegen dies getan haben, soll geschickter Arbeiterentlassungen vorkommen könnten. dann, wenn man in Baden mit dem gleichen Maße in Bayern messen würde? Wir möchten dies der bayerischen Staatsstelle zu bedenken geben.“

Die sozialdemokratische Mannheimer „Wollstimme“ der Fall zugeben; sie spricht ihre „schärfste Mißbilligung“ gegen aus, spricht von offenkundigem Standal und meint abschließend, das sei die Folge allzu einseitiger Gewerkschaftspolitik die ein Auge darauf gibt, wenn der andere keine hat. Dies läßt sich nicht als interessant, wenngleich wir nicht annehmen, es vollständig das richtige trifft. Die Wurzel dieses Unrechts liegt tiefer, sie liegt in der materialistischen und atheistischen Erziehungsmethode der Sozialdemokratie. Die Hoffnungen auf Parteitag in Nürnberg gleichen diesem sehr, wie sie entsprungen alle einer Quelle. Die Ueberwindung der Selbstsucht erfordert ein höheres Ideal, und das ist das Christentum. Die Sozialdemokratie wird noch viel trübere Erfahrungen machen, wie diesen Steuerbeitragschern.

Wohnungsnot in München. Eine Zählung der leerstehenden Wohnungen in München hat ein äußerst überraschendes Ergebniss zutage gefördert, das in seiner folgerichtigkeit außerst unpositiv Wirkung tief zu beklagen ist. Bei einer Gesamtzahl von 140 000 Wohnungen im Stadtgebiet stehen nur 892 Wohnungen leer. Das sind nur 0,7 Prozent. Als normal gelten in den Großstädten 3 Prozent. Nach München wird das Verhältnis, nur die leerstehenden Wohnungen in Betracht gezogen werden. Obermedizinalrat Gruber bezeichnete, wie die Zeitung berichtet, das Ergebnis der Erhebung als erschreckend. Man nur die Zimmer zähle und nicht die Wohnungen, so ergäbe sich, daß an kleinsten Wohnungen nicht zwei Zehntel Prozent gegenwärtig leer stehen. In diesen kleinsten Wohnungen wohnt die Hälfte der Bevölkerung. In den letzten Jahren sei der Wohnungsnot sehr unzulänglich gewesen. Die Bevölkerung von Jahr zu Jahr noch mehr zusammengedrängt. Dazu kommen die Mieten und 10-20 Prozent gestiegen. Es bestehe wirklich eine akute Wohnungsnot von schwerem Charakter, es sei aber ein chronisches Wohnungsleiden in München zu verzeichnen. 154 000 Einwohner wohnen in Wohnungen mit 1-2 Räumen. Im Ostend seien 45 Prozent der Bevölkerung in solchen Wohnungen untergebracht. — 45 Prozent aller einräumigen und 49 Prozent aller zweiräumigen seien Teilwohnungen. In diesen Räumen verkehrt sich eine ungeheure Masse von Wohnungsleiden unteren Klassen. Was werden denn nun die Hausbesitzer sagen, die sonst immer gegenüber der gemeinnützigen Bautätigkeit Mund so voll nehmen. Ober ist ihnen dieser Zustand erwünscht. Unannehmlich wäre es bei der Bestimmungsgart dieser Leute

Wirtschaftliche Bewegung.

Gespart sind: die Firma Jensen in Venrath b. Düsseldorf die Firmen Belleur in Castro, die Firma E. v. in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtnahme von Tarifverträgen. Selgoland, Sperre über die Firma D. u. aus Godesberg a. Rh., Landeshut, Sperre über die Firma Weiner, Langfuhr-Danzig, Sperre über die Firma J. a. n. Zugzug ist ferngehalten.

Vertrag für das Stütturen- und Puhergewerbe in den Lohngebieten: Bochum, Stadt Bochum, Gemein. Altenbochum, Weitmar, Witten, Castro, Annen, Langendre. (Rheinl.), Dortmund (Stadt Dortmund, Sörbe, Pombr. Marz, Kaurzel, Dorffeld, Marten, Altgendortmund, Ebst. Lindenhorst, Bramaner Brakel), Essen (Stadt Essen, Würg. meikerei Vorbeck, Alteneßen, Stoppenberg, Steele, Kellinghausen, Bredeh), Gelsenkirchen (Stadt- und Landkreis), Hag. (Stadt Hagen, Haspe, Gevelsberg, Boerde, Wetter, Berde. Hohenlimburg), Kellinghausen (Gerne, Kellinghausen, Baukau, Sodingen, Hertel, Der, Erkenschwid, Enderwid, H. Langenbochum), Unna-Camen (Unna, Camen, Apler. Werl), Wanne (Wanne, Eickel, Hölsterhausen, Röhlinghaus. Unser-Fritz).

§ 1. Arbeitszeit. Die normale Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, für Bochum und Dortmund 9 1/2 Stunden und wird wie folgt geregelt:

Jahreszeit	Anfang	Früh-pause	Mittags-pause	Bespre-pause	Feier-abend	Gesamt
	Uhr	Uhr	Uhr	Uhr	Uhr	St.
16. 3.—10. 9.	6 1/2	8—8 1/2	12—1 1/2	4—4 1/2	7 (6 1/2)	10 9
1. 10.—15. 10.	6 1/2	8 1/2—8 3/4	12—1 1/2	4—4 1/4	6	9
16. 10.—31. 10.	7	8 1/2—8 3/4	12—1	4—4 1/4	5 1/2	9
1. 11.—30. 11.	7 1/2	—	12—1	—	5	8 1/2
1. 12.—15. 12.	8	—	12—1	—	5	8
16. 12.—15. 1.	8	—	12—1	—	4 1/2	7 1/2
16. 1.—31. 1.	8	—	12—1	—	5	8
1. 2.—28. 2.	7 1/2	—	12—1	—	5 1/2	9
1. 3.—15. 3.	7	8 1/2—8 3/4	12—1	4—4 1/4	6	9 1/2

Vom 1. März bis 31. Oktober ist Samstags eine Stunde früher Feierabend, jedoch werden diese Stunden nicht bezahlt. In den Tariforten, wo bisher bei Wegfall der Beisprepar vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten zwei Stunden früher Feierabend war ohne Lohnabzug, bleibt dieses bestehen bis

Bei ausreichender Beleuchtung durch Gas, elektrisch Licht usw. kann bei verkürzter Arbeitszeit, letztere auf die normale verlängert werden. Gewöhnliche Leistungen gelten nicht als ausreichende Beleuchtung.

§ 2. Lohnsätze. Bis 1. April 1909. Ab 1. April 1909.

	Bau- hülfsarbeiter	Berufshülfsarbeiter	Bauer	Bau- hülfsarbeiter	Berufshülfsarbeiter	Bauer
	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.
Bochum	65	56	55	66	57	57
Dortmund	66 1/2	61	55	67	62	57
Essen	65	57	55	66	58	57
Gelsenkirchen	65	57	55	66	58	57
Hagen	65	56	55	66	56	57
Kellinghausen	65	56	55	66	57	57
Unna-Camen	63	55	55	64	56	57
Wanne	65	55	55	66	56	57

Für Gesellen, die infolge Alters- oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, kann ein geringerer Lohn vereinbart werden. Diese Lohnfestsetzung muß innerhalb der ersten 4 Arbeitstage erfolgen. Dasselbe gilt für Gesellen im ersten und zweiten Jahre nach vollendeter Lehrzeit, wobei jedoch der Stundenlohn im ersten Jahre mindestens 42 Pfg., im zweiten Jahre 45 Pfg. betragen soll.

Ueberstunden werden mit 25%, Nachtarbeiten mit 50%, Sonntagsarbeiten mit 100% Aufschlag bezahlt.

Für Arbeiten außerhalb der Wohngebiete des Arbeitgebers werden, falls die Gesellen abends zurückkehren können, Wochenlöhne oder Straßenbahnabonnementskarten vergütet.

Bei weiterer gelegener Arbeitsstellen, wo nicht jeden Tag nach Hause gefahren werden kann, wird pro Tag an dem gearbeitet wird 1,50 M und höchstens eine Hin- und Rückfahrt vergütet.

Unter Wegfall vorstehender Zulagen können für auswärtige Arbeiten höhere Abkommensvereinbarte werden.

§ 3. Abkürzungen.

Table with 3 columns: Item description, Unit, and Price. Includes items like Gohlfestgemüse, Kastenfenster, Holzdecken, etc.

§ 4. Ueberstunden.

Wenn dringende Arbeiten vorliegen, und die Einstellung weiterer Arbeitskräfte nicht möglich ist, müssen von den Gesellen Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten geleistet werden.

- 1. Als Nachtarbeit gilt jede Arbeit von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr.
2. Als Ueberstundenarbeit gilt jede Arbeit in der Zeit, die zwischen der Nachtarbeit und der normalen Arbeitszeit liegt.
3. Als Sonntagsarbeiten und Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen gelten alle Arbeiten an diesen Tagen von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr.

§ 5. Lohnzahlung.

Die Lohnperiode umfasst zwei Wochen; wo sie indessen bisher kürzer ist, bleibt sie. Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt.

Die Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches werden ausgeschlossen.

Muß der Arbeiter auf Material warten, obwohl dasselbe dem Prinzipal oder dessen Stellvertreter rechtzeitig bestellt wurde, so ist diese Zeit als Arbeitszeit zu vergüten.

Die Lohnzahlung findet an den in den einzelnen Orten bisher üblichen Tagen vor Feierabend (ab 1. April 1909 Freitags) auf der Arbeitsstelle statt.

Abzugszahlungen sind in der Mitte der Lohnperiode in Höhe von ungefähr 80% des verdienten Lohnes zu leisten.

§ 6. Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Das Arbeitsverhältnis kann von beiden Seiten ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist gelöst werden, jedoch nur am Schlusse eines Tages.

Bei Aufkündigung oder Entlassung erfolgt die Lohnzahlung am darauffolgenden Werktage.

§ 7. Schlichtung von Streitigkeiten.

Zur Erledigung aller aus diesem Vertrage entstehenden Streitigkeiten wird in den acht Hauptstädten der Wohngebiete eine örtliche Schlichtungskommission gebildet.

Kommt die Schlichtungskommission nicht zu einer Einigung, so entscheidet endgültig ein aus den Mitgliedern des Stützgewerbes zu bildendes Einigungsamt mit dem Sitz in Essen, bestehend aus 2 Arbeitgebern, 2 Arbeitnehmern und einem von diesen zu wählenden Vorsitzenden.

Zusätzliche dürfen keine Sperren verhängt und keine Aussperrungen vorgenommen werden, bevor die Schlichtungskommission bzw. das Einigungsamt entschieden haben.

§ 8. Durchführung des Vertrages.

Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluss zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusetzen, Bestrebungen gegen den Vertrag oder Umgehungen desselben nachdrücklich zu bekämpfen.

§ 9. Allgemeine Bestimmungen.

Die Arbeitgeber liefern Eimer, Schablonen, Latzen, große Schichten, Säge, Pinzel zum Umstreichen und Licht. Wo es möglich ist, soll ein verschließbarer Raum für die Arbeitnehmer hergerichtet werden.

§ 10.

Dieser Vertrag gilt vom 1. November 1908 bis 31. März 1910.

Eine Kündigung des Vertrages findet nicht statt. Drei Monate vor seinem Ablauf haben die Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung zu beginnen.

Vorstehender Vertrag wurde heute zwischen den unterzeichneten Verbänden abgeschlossen. Bochum, den 1. November 1908.

- 1. Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen und Arbeitgeberband für das Baugewerbe in den rhein-westfäl. Industriegebieten.
2. Verband selbständiger Bildhauer, Stukkateure u. Gipser Deutschlands, Unterverband III Rheinland u. Westfalen.
3. Zentralverband der Stukkateure, Gipser, Plasterer und verw. Berufe Deutschlands, Gau Rheinland u. Westfalen.
4. Zentralverband christlicher Bauhandwerker u. Bauhilfsarbeiter Deutschlands, Bezirk Bochum.

Ausblick auf die Lohnbewegung für das Stukkateurgewerbe im Ruhrgebiet.

Endlich können wir mitteilen, daß auch dieser Bezirksvertrag zum Abschluß gekommen ist. Um eine richtige Verteilung der zu überwindenden Schwierigkeiten geben zu können, wolle wir kurz die Bewegung streifen. Die Umstellung des Tarifentwurfs, welcher ursprünglich auf 17 Städte mit Umgebung ausgebeht war, wurde in einer gemeinsamen Konferenz der Arbeiterorganisationen am 26. Januar vorgenommen.

Bei der am 11. April unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wiefelbeid getätigten Verhandlung in Essen, an der auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe teilnahm, wurde das Kassenvertragssystem, das Berliner Vertragsmuster und der von den Gesellen eingereichte Vertragsentwurf den Verhandlungen zugrunde gelegt.

Die Lohnperiode umfasst zwei Wochen; wo sie indessen bisher kürzer ist, bleibt sie. Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt.

Die Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches werden ausgeschlossen. Muß der Arbeiter auf Material warten, obwohl dasselbe dem Prinzipal oder dessen Stellvertreter rechtzeitig bestellt wurde, so ist diese Zeit als Arbeitszeit zu vergüten.

Die Lohnzahlung findet an den in den einzelnen Orten bisher üblichen Tagen vor Feierabend (ab 1. April 1909 Freitags) auf der Arbeitsstelle statt. Abzugszahlungen sind in der Mitte der Lohnperiode in Höhe von ungefähr 80% des verdienten Lohnes zu leisten.

Die Vorländer Stukkateure haben aber auch dieses abgelehnt. Zweck Regulation dieser Streitfragen fand eine nachmalige Sitzung am 22. September statt, wo es zu einer Einigung kam.

Das Resultat der langen Verhandlungen ist nun nachstehender Vertrag. Es ist dieses der erste größere Bezirksvertrag im Stützgewerbe. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, besonders bei der Regelung der Abkürzungen. Die Differenzen waren zum Teil recht groß.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurer.

Erfolge der Hausagitation.

Durch die Hausagitation wurden gewonnen in Heinrichsdorf (Bohr.) 4, in Erier 25, in G. Johann 36 Mitglieder.

Biersen, den 23. November 1908. Das unehrliche Verhalten des sozialdemokratischen Maurerverbandes in Biersen. Im „Grundstein“ launetiert der Genosse Muth über das unehrliche Verhalten der Unternehmer in Biersen, bezüglich Nichtinhaltung des Tarifvertrages.

Wenn die Genossen mit ihrem Votum zu Ende sind, dann glauben sie mit beschimpfen und verleumden der Christlichen ihre Mitglieder wieder befriedigen zu können.

Wie verhält es sich nun mit den Christlichen in Biersen? Unser Verband hatte 1906 in Biersen für das Jahr 1906 schon 50 Pf. für Maurer und 40 Pf. für Hilfsarbeiter gefordert. Weil die Unternehmer hierauf nicht eingingen, scheiterte die Verhandlung.

Der Vertrag wurde auf dem Bureau des Herrn Hansen geschrieben und unterschrieben, und der Friede ist im Baugewerbe wieder eingeleitet. Das heißt auf unserer Seite war die Annahme des Vertrages noch mit Schwierigkeiten verknüpft.

Als trotzdem die Biersener Kollegen 1906 gut organisiert waren, trotzdem Arbeit reichlich vorhanden und viele Kollegen energisch einen höheren, als den 1906 bewilligten Lohn erstrebten, trotzdem die Christlichen darauf bestanden, im Jahre 1906 einen höheren Lohn als 46 Pf. festzusetzen, machten die Genossenschaftler ihren großen Einfluß auf die jungen Mitglieder geltend.

Das was Muth hier unvorsichtig auspaudert, war es, warum unsere Organisation sich weigerte, diesen Genossentarif unterchristlich anzuerkennen.

Mit diesem Eingeständnis vergleiche man das rote Geschreibsel von 1906. Da wurde von unerhörtem Arbeiterverrat der Christlichen in Biersen geschwafelt.

Die Biersener Maurer und Hilfsarbeiter werden aus dem Angeführten die Lehre ziehen, energisch und erneut die Agitation für den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter einzutreten.

Wilhelmshaven. Die Einnahme unserer Verwaltungsstelle betrug im 3. Quartal 270,89 M für die Rentalkasse, und 307,76 M Ausgabe. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 305,67 M, der eine Ausgabe von 37,95 M gegenübersteht. Zur Feier unseres fünfjährigen Bestehens hatten wir eine Festversammlung arrangiert, in der Kollege Jumbrock referierte. Auch die Frauen waren zahlreich zu der Versammlung erschienen. In einer weiteren Versammlung rebete der Kollege Hartmann-Hamburg, und wurde dieselbe die Gründung eines Kartells vorgenommen. Der Lokalausschlag wurde von 10 auf 20 Pf. pro Monat erhöht. Die Arbeitsgelegenheit war verbleibend, unserem Ruf nach Zugang von Kollegen sind nur zwei gefolgt. Die hiesigen Unternehmer sind zurzeit bestrebt, die Arbeiter wieder einzuführen. Auch an dem Kasernenbau sollten sich die Maurer dazu hergeben, in Accord zu gehen. Als sich dieselben weigerten, vergab der Unternehmer die Arbeit an einen Hamburger Zimmerunternehmer, der mit Hamburger Maurern die Arbeit ausführen wollte. In einer Aussprache mit dem Unternehmer wurde darauf hingewiesen, daß es doch nicht schön sei, die Maurer, die die Gebäude hochgemauert haben und ihre volle Schuldbigkeit getan haben, jetzt beiseite zu schieben. Auch unsere Vermutung, daß die Arbeit unter den hier üblichen Sätzen ausgeführt werden sollte, bewahrheitete sich. Nachdem nun die fremden Kollegen über die Lage aufgeklärt worden sind, wird die Arbeit im Tagelohn ausgeführt. Da die Arbeiterarbeit in nächster Zeit hier eine größere Rolle spielen wird, mögen die Kollegen die Augen offen halten.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Eberfeld. Unsere diesjährige Generalversammlung war äußerst gut besucht. Ein Zeichen, daß unsere Kollegen verstehen, daß das Wohl und Wehe der Zahlstelle schließl. nur von dem guten Verlauf der Generalversammlung abhängt, wo der Vorstand für das kommende Geschäftsjahr gewählt werden soll und noch andere wichtige Angelegenheiten ihre Erledigung finden. Die Tagesordnung war folgende: Jahresbericht, Kassenbericht, Antrag, Vorstandswahl und Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Seelbach einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr, welches auch für Eberfeld ein sehr bewegtes gewesen ist. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage, die schon jahrelang hier vorherrscht, sei es möglich gewesen, auch in diesem Jahre eine Anzahl Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Es müsse aber noch mehr wie bisher darauf geachtet werden, wenn Kollegen abreisen, sich vorschriftsmäßig abzumelden, damit dem Vorstande die Arbeit erleichtert würde und man immer einen genauen Ueberblick über die Mitgliederzahl habe. Es sei ein unhaltbarer Zustand, wenn die Vorstandsmitglieder neben ihrer sonstigen Arbeit auch noch das Eintastieren und Ausfragen der Baugewerkschaft besorgen müßten. Wenn man die Aufgaben einer Organisation, sowie der kleinsten Zweige derselben an seinem Geiste vorübergehen ließe, so könnte es nur ein Nichts geben, hier muß jeder mitarbeiten, wenn wir vorwärtskommen und weiterhin Erfolge sehen wollen. Die Kollegen möchten also im kommenden Jahre mehr für die Organisation und damit für ihre eigenen Interessen arbeiten. Zum zweiten Punkt gab Kollege Strecker den Kassenbericht. Auch dieser wies ein erfreuliches Bild auf, da gegen die herrschende Arbeitslosigkeit verhältnismäßig wenig Arbeitslosenzinsen gezahlt waren. Die Revisionen berichteten, die Kasse in bester Ordnung befunden zu haben und wurde darauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Ein besonders verantwortungsvoller Posten ist der des Kassierers, und es ist erfreulich, daß die Kollegen auch dieses zu würdigen verstehen. Von den Kollegen war der Antrag gestellt, dem Kassierer für seine Arbeit eine entsprechende Entschädigung zu gewähren. Der Antrag wurde angenommen. In den Vorstand wurden neu bzw. wiedergewählt als: 1. Vorsitzender Kollege Baujig; 2. Vorsitzender Kollege Spontimus; 1. Kassierer Kollege Strecker; 2. Kassierer Kollege Mingers; 1. Schriftführer Kollege Landau; 2. Schriftführer Kollege Ertinghäuser. Als Beisitzer Kollege Josef Seelbach und Kollege Nitterbrand. Als Revisoren die Kollegen Werner und Alois Seelbach. Sämtliche Kollegen nahmen das Amt an und versprachen, das Vertrauen der Kollegen auch voll zu würdigen. Nun gilt es für die anderen Kollegen, den Vorstand nicht allein arbeiten zu lassen, sondern den Vorstand nach Kräften zu unterstützen, damit er den schwierigen Aufgaben zur Lustbarkeit der Kollegen gerecht werden kann. Es gilt eine Kulturarbeit zu leisten, den Arbeiter frei zu machen, und das können nicht einzelne, da müssen alle mitarbeiten. Versammlungen besuchen, wo man die Waffen scharf, Aufklärung, wo es nützt, dann kann mit Erfolg gearbeitet werden. Wir müssen wissen, was wir wollen. Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige Anfragen gestellt, die teils ihre Erledigung fanden, teils zurückgestellt wurden. Der Vorsitzende Kollege Baujig wies noch darauf hin, man möge ihm daselbe Vertrauen schenken, das man auch dem Kollegen Seelbach geschenkt habe, und ihn auf jede Weise unterstützen. Um 12 Uhr wurde die gut verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Bauhilfsarbeiter.

Zoppot. Am 8. November fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche schwach besucht war, trotzdem jeder Kollege persönlich eingeladen war. Zunächst gab der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, wonach ihm Entlastung erteilt wurde. Kollege Müller hielt einen Vortrag über Lohnreduzierungen in den Orten, wo schwache Organisationsstellen bestehen, so auch hier in Zoppot. Die Kollegen haben erfahren müssen, daß sie, anstatt der Organisation 35 Pf. wöchentlich Beitrag zu zahlen, sich 2,50 bis 3 M die Woche abziehen lassen müssen. Kollegen von Zoppot und Umgegend! Sollt ihr euch das auch in der Zukunft bieten lassen? — In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Otto Grunzel-Zoppot-Steinrich, als Kassierer Johann Schulz-Zoppot, Danziger Straße 121, als Schriftführer Waldemar Jasinski, als Revisoren die Kollegen August Czapp und Franz Warhoff-Zoppot-Schmierau. Sämtliche nahmen die Wahl an und versprachen ihr Amt würdig zu vertreten. Kollege Müller machte dem Vorstand seine Pflichten klar und ersuchte zu kräftiger Winteragitation. Es wurde noch beschlossen, in den Wintermonaten 10 Pf. pro Woche in den Lokalfonds zu zahlen, in dem Falle, wenn der Kollege drei Tage arbeitet. Nun Kollegen, wir dürfen nicht früher ruhen, bis unsere künftige Zahl von 236 Mitgliedern wieder erreicht ist.

Soziale Wahlen.

Bochum. Am 19. November fand in Bochum die Wahl der 30 Arbeiter-Beisitzer zum Gewerbegericht statt. Gewählt wurden die Kandidaten des Bochumer Vereins, die unter der Führung des evangelischen Arbeiter- und Gesellenvereins, in Verbindung mit dem Kirchlichen Arbeiterverein, getreten. Diese erhielten 217 Stimmen. Die Wähler des christlichen Arbeitervereins dagegen vereinigte auf ihre Kandidaten 216 und die Sozialdemokraten 123 Stimmen. **Schwabisch-Gmünd.** 15. Nov. Bei der am vergangenen Sonntag in Schwabisch-Gmünd stattgefundenen Wahl zur Orts-Lokalkasse zeigten die christlichen Arbeiter, die auf ihre Kandidaten 136 Stimmen vereinigten, während auf die sozialdemokratischen Kandidaten 103 Stimmen fielen. Gegenüber der letzten Wahl haben die christlichen Stimmen um 100 Prozent, die der sozialdemokratischen nur um 24 Prozent zugenommen. — Bei der in der gleichen Stadt am vergangenen Montag (9. November)

stattgefundenen Gewerbegerichtswahl errangen die christlichen Arbeiter ebenfalls einen schönen Erfolg; gegenüber der letzten Wahl sind ihre Stimmen um über 200 gestiegen. Die von den christlichen Arbeitern aufgestellten Beisitzerkandidaten erhielten 6477 Stimmen und 5 Beisitzer, die gleiche Zahl wie die Sozialdemokraten. Letztere verloren gegenüber der letzten Wahl über 900 Stimmen. Es geht also, wenn die christlichen Arbeiter sich wehren und opferwillig arbeiten. Im Süden sind es jetzt drei Orte (Konstanz, Offenburg, Schwabisch-Gmünd), wo die Sozialdemokratie bei den Gewerbegerichts- und Orts-Lokalkassenwahlen große Niederlagen erlitten hat.

Wattenscheid. Nachdem am 31. Oktober bei den Vertreterwahlen zur Allgemeinen Orts-Lokalkasse Wattenscheid, die Liste der christlichen Gewerkschaften gewählt wurde, so sind auch heute bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften als Sieger aus der Wahl hervorgegangen. Die Soz.-Gewerkschaften haben sich an beiden Wahlen nicht beteiligt, wie man sagt, soll es ihre Schwäche sein, die sie durch eine Beteiligung der Öffentlichkeit nicht preisgeben wollten.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Krankenunterstützung. Wir machen unsere Ortsvorstände darauf aufmerksam, daß mit Ablauf der beitragspflichtigen Monate auch der Bezug der Krankenunterstützungen sein Ende erreicht. Der 30. November ist der letzte Tag, an dem Krankenunterstützung gezahlt werden darf.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Mühlendammstr. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf a Postabschnitt anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist.

Kranken-, Sterbe- und Bemerkungen-Unterstützungen dürfen nur auf schriftliche Anweisung des Hauptvorstandes ausbezahlt werden. Rechtsanw. wird nur durch den Hauptvorstand schriftlich erteilt.

In der Zeit vom 1. bis 28. November sind folgende Beträge eingegangen:

- Für Beiträge und Eintrittsgelder: Augsburg 221,25 M, Breitbrunn 415,72 M, Bingen 253,01 M, Borchhorst 700 M, Breslau 661,23 M, Bremen 437,50 M, Broome 17,88 M, Bonn 417,33 M, Bamberg 95 M, Bischofsberg 98,50 M, Bochum 1600 M, Celle 190 M, Dortmund 644,45 M, Dübensen (Einz.) 4 M, Danzig 686,35 M, Derenthal 136,50 M, Düsseldorf 797,75 M, Dirschau (R.) 154,03 M, Dingelstädt 14,41 M, Eisenach 35,07 M, Emden 43,81 M, Enger 217,86 M, Emsdetten 407,44 M, Esen 1600 M, Frankfurt 1702,84 M, Friedrichshafen 45 M, Flensburg (Einz.) 1 M, Gütlich 103,20 M, Glogau 131,28 M, Gr.-Apfenburg 27,97 M, Gelsenkirchen 600 M, Hohenfalka 179,65 M, Hannover 2137,52 M, Hildesheim 685,85 M, Hettlingen 130 M, Hönheim 22,83 M, Homborn-Mörz 501,50 M, Hartenstraße 18,49 M, Jübar 4,23 M, Jarmen 100 M, Jarburg 47,85 M, Karlsruhe 257,01 M, Königsberg (R.) 300 M, Kassel 364,19 M, Kronach 37,55 M, Köhn 271,62 M, Kirchvorläs 321,06 M, Kattowitz 554,65 M, Landesgut 152 M, Lindenhofhausen 29,37 M, Lendorf (Einz.) 3 M, Stippstadt 100 M, Landau 216,43 M, Münster (Stutt.) 118,70 M, Memel 212,50 M, Münster (R. u. A.) 400 M, Minden 653,53 M, Mühlhausen (E.) 151,02 M, Nürnberg 1101,40 M, Neujörg 8,16 M, Nürnberg 70,76 M, Neuwied 97,71 M, Osnabrück 178,18 M, Offenburg 90 M, Olsberg 82,35 M, Oberhausen 800 M, Purlaring 16,50 M, Posen 300 M, Rumburg 177,85 M, R.-Reichenhall 20,74 M, Reddinghausen 4145 M, Remscheid 576,86 M, Rheine 300 M, St.-Johann 500 M, Spenge 84,26 M, Stuttgart 129,95 M, Salzwechel 15,60 M, Schwerin 195,01 M, Sagan 79,60 M, Tübingen 171,11 M, Unterbach (Einz.) 4,55 M, Ulm 20,06 M, Vieh 111,73 M, Wilsberg 37,55 M, Warburg 337,37 M, Warendorf 196,56 M, Werl 143,52 M, Wiesel 40 M, Wolfenbüttel 37,83 M, Wiedenbrück 127,31 M.

- Für Futterale: Bremen 0,45 M, Dortmund 9,15 M, Hohenfalka 6 M, Kattowitz 8,25 M, Düsseldorf 0,75 M.
- Für Hauskassiererbücher: Dortmund 0,60 M, Hohenfalka 0,90 M, Kassel 1,50 M, Wülfringen 0,30 M, Düsseldorf 1,50 M.
- Für Inzerate: Breslau 3 M, Erlangen 0,75 M.
- Für Reiseberichte: Bochum (Sekretariat) 150 M.
- Für Erziehungsbücher: Kassel 0,25 M.
- Für Jahrbücher und Broschüren: Celle 10 M, Probbach 6,35 M, Burghausen 7,80 M, Mandelsloh 3,60 M, Marktredwitz 2,90 M, Baberborn (Stutt.) 2 M.
- Für Blafate und Karten: Baitrop 8,80 M.
- Ueberschüssige Streikunterstützung: Landesgut 11,85 M.
- Für Stempel: Kattowitz 1,40 M, Nordern 3,40 M, Weidenburg 3,05 M, Gelsen 0,60 M, Düberradt 1,80 M, Hildesheim 0,90 M, Gahnhausen 0,70 M, Hildesheim 1,20 M, Ratzsch 0,90 M, Rheine 0,90 M, Esbach 2,20 M, Remscheid 0,90 M, Schwering 0,90 M, Bischofsberg 0,90 M, Güls 0,90 M, Reddinghausen 8,70 M.

Bekanntmachungen.

Bis zum 30. November war von den nachfolgenden Verwaltungsstellen das statistische Material noch nicht eingekandt. Die Bezirksleiter werden ersucht, einzugreifen, damit uns das Material so schnell wie möglich zugeht.

Bezirk Königsberg: Bischofsberg, Bischofsstein, Braunsberg, Remel, Reidenburg, Rauenburg, Sensburg, Wehlau.

Bezirk Danzig: Danzig, Gr.-Roh, Pelpin, Tuchel, Poppot.

Bezirk Posen: Jordan-Paradies, Bronie.

Bezirk Breslau: Gr.-Wartenberg, Glogau, Landesgut, Sagan.

Bezirk Kattowitz: Beneschau, Kattowitz.

Bezirk Frankfurt: Esbach, Dornbach, Dorndorf, Esfurt, Fulda, Friedrichshofen, Weinan, Herbsheim, Warburg, Mottenberg.

Bezirk Nürnberg: Bamberg, Maibach, Berching, Breitbrunn, Dinkelsbühl, Eyrath, Jost, W.-Eichenbach.

Bezirk Rügen: Burghausen, Köhling, Rügen, Memmigen.

Bezirk St.-Johann: Ludwigswinkel.

Bezirk Karlsruhe: Bergshausen, Cammsahl, Friedrichshafen, Heilbronn, Hönheim, Landau, Offenburg, Ravensburg, Stuttgart, Weingarten.

Bezirk Köln: Ahweiler, Barren-Eberfeld, Düren, Friedlingsdorf, Gummersbach, Hartenstraße, Indlar, Nimbrecht, Solingen, Wittlich, Wiesel.

Bezirk Bochum: Arnsberg, Dortmund, Emmerich, Werne.

Bezirk Baderborn: Brilon, Deventhal, Gittersloh, Jollenbeck, Marsberg, Olsberg, Rehpa, Warburg, Werl.

Bezirk Münster: Borchhorst, Cloppenburg, Diepholz, Emden, Epe, Gronau, Meppen, Neuenkirchen, Rheine.

Bezirk Hannover: Burgstemmen, Düberradt, Enger, Gieselbehausen, Günterode, Hainrode, Helmstedt, Jübar, Kief, Kuhlse, Minden, Oscherleben, Spenge, Wottha, Wustrow.

Bezirk Berlin: Jarmen, Triebsee, Vieh, Herbst.

Um die Verwaltungsstellenkassierer. Bis zum 5. Dezember gelangen die Rechnungsformulare für das 4. Quartal zur Versendung. Wer bis zum 6. Dezember nicht im Besitz derselben ist, hat dieses unterzüglich zu melden.

Die Verwaltungsstellenkassierer werden ersucht, die Abrechnung bis spätestens 1. Januar fertigzustellen und einzusenden.

Sämtliche noch vorhandenen Beitragsmarken, außer Eintritts-, Arbeitslosen-, Lokalfonds- und Agitationsmarken sind bis zum 15. Januar einzusenden, da dieselben mit diesem Tage ihre Gültigkeit verlieren. Rückständige Beiträge werden 1909 durch neue Beitragsmarken quittiert.

Bevor die alten Beitragsmarken nicht zurückgesandt sind, werden neue nicht versandt.

Die Bezirksleiter werden ersucht, in den Verwaltungsstellen dahin zu wirken, daß obige Bestimmungen zur Durchführung gelangen.

Der Hauptvorstand:
F. A. Fr. Jacobi, Hauptkassierer.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 41765, lautend auf Peter Gerach von der Zahlstelle Guntzheim.

Kartellbeamter gesucht. Vom christlichen Gewerkschaftskartell Düsseldorf soll gemeinsam mit der dortigen Konsum-Gesellschaft Selbsthilfe ein Beamter angestellt werden. Bewerber müssen mindestens seit drei Jahren einer christlichen Gewerkschaft angehören und den Nachweis erbringen, daß sie in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit Erfolg praktisch tätig gewesen und ebenfalls mit dem Genossenschaftswesen vertraut sind.

Die Anstellungsbedingungen sind die im Gesamtverbande üblichen. Bewerbungsschreiben sind umgehend zu richten an Fritz Joeres, Düsseldorf, Franklinstr. 54.

Achtung! Verwaltungsstelle Reddinghausen. Den abreisenden Kollegen von Reddinghausen zur Kenntnis, daß jeden Dienstag und Donnerstag im Bureau, Paulusstraße 26, abends von 7-9 Uhr Gelegenheit gegeben ist, sich abzumelden und den Schlusstempel in Empfang zu nehmen.

Verwaltungsstelle Bonn a. Rhein. Allen Zahlstellen zur Kenntnis, daß infolge Wegzug des Kollegen Widus die Marken und sonstiges Material von jetzt ab von Kollegen Jakob Beher in Friesdorf, Prinzenstr., zu beziehen sind.

Die Abrechnungen vom 4. Quartal sind ebenfalls an Kollegen Beher einzusenden. Christian Widus.

Verwaltungsstelle Aachen. Im Anschluß an die Bekanntmachung des Zentralvorstandes in Nr. 45 der „Baugewerkschaft“ vom 8. 11. müssen sämtliche Mitgliedsbücher in den Zahlstellen eingezogen werden, damit die Eintragung der gezahlten Beiträge auf dem Bureau in das Hauptmitgliederverzeichnis geschehen, und der Schlusstempel beigeklebt werden kann. Wir bitten die Kassierer aller Zahlstellen, vom 15. Dezember an die Mitgliedsbücher einzuziehen und auf dem Bureau, Poststr. 56, abzuliefern resp. einzusenden. Mitglieder, die in solchen Orten wohnen wo eine Zahlstelle nicht besteht, müssen ihr Buch selbst abliefern oder frankiert einschicken. Wir eruchen die Mitglieder, ihre genaue Adresse deutlich vorne in ihr Mitgliedsbuch einzutragen. Die etwa rückständigen Beiträge müssen bis dahin gezahlt sein. Wer dieser Aufforderung, sein Buch abzugeben oder einzusenden, nicht nachkommt, wird bei zukünftigen Unterstützungsansprüchen nicht berücksichtigt. Wir bitten die Zahlstellenkassierer demgemäß zu handeln. Der Vorstand.

Achtung! Verwaltungsstelle Duisburg. Den abreisenden Kollegen zur gefl. Beachtung! In Duisburg werden Abmeldungen entgegengenommen jeden Mittwoch und Freitag, abends von 7-9 Uhr, im Arbeiterheim, Seitenstraße 19, beim Kollegen Weder; in Mülheim (Ruhr) beim Kollegen Thor, Kohlenstraße 8; in Hamborn beim Kollegen Schröder, Kurze Straße 18; in Neumühl beim Kollegen Maymann, Schövrstr. 31a; in Mörz-Asberg beim Kollegen Scheibenschmidt, Essenbergerstr. 22. Außerdem ist den Kollegen in jeder Versammlung Gelegenheit gegeben, die Abmeldung zu vollziehen und den Schlusstempel entgegenzunehmen.

Der Verwaltungsstellen-Vorstand:
H. Schröder. Jos. Müller.

Achtung! Fulda. Sonntag, den 20. Dezember, nachm. 1 Uhr, findet in Fulda, in der „Garrante“, eine

Konferenz sämtlicher Verwaltungs- und Zahlstellen der Kreise Fulda und Hünfeld statt. Jede Verwaltungs- oder Zahlstelle (auch Winter-Zahlstellen) hat mindestens einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten tragen die Lokalfassen. Mitglieder werden als Gäste bei Vorzeigen ihres Mitgliedsbuches gern zugelassen. Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand unseres Verbandes im hiesigen Bezirk.
2. Unsere Lohnbewegung in Fulda und Salzschlirf in 1909.
3. Besprechung über die Winteragitation.
4. Verschiedenes.
Kollegen erscheint vollzählig und pünktlich zu der Konferenz; besonders sind die Kollegen von den Zahlstellen, die der Verwaltungsstelle Fulda angehören und im Sommer in Fulda, Salzschlirf oder Umgegend arbeiten, eingeladen.
Die Bezirksleitung. F. A. Fritz Gesse.

Sterbetafel.
Am 17. November starb unser treues und langjähriges Mitglied Kollege Johann Memann im Alter von 33 Jahren an einem Herzleiden.
Zahlstelle Reddinghausen (Maurer).

Am 25. November starb unser lieber Kollege Nikolaus Zahn.
Zahlstelle der Maurer Gelsenkirchen.

Am 26. November starb unser treues Mitglied Bernarb Müller im jugendlichen Alter von 18 Jahren an Brandwunden infolge des großen Grubenunglücks auf Bede Nordb bei Hamm.
Zahlstelle Bochum (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Erlangen. Sonntag, den 13. Dezember, mittags 11 Uhr, im kath. Gesellenhaus, Generalversammlung mit Neuwahl. (1.90). Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.